

ParlamentarierInnen im Nord-Süd Dialog



Inhalt

No. 23-24 / Mai 2012

2 Parlamentarische Partnerschaft mit Mosambik

Trainingsworkshop zu Öffentlichkeitsarbeit und Finalisieren der IT-Strategie für das mosambikanische Parlament

- 4 AWEPA Mosambik Arbeitsschwerpunkte im vergangenen Jah
- 5 "Das Parlament im Bewusstsein der Öffentlichkeit als Ort der Gesetzgebung verankern"
 Interview mit Thomas Holzinger, Leiter der Abteilung Veranstaltung und BesucherInnen im österreichischen Parlament
- 6 Rio+20 Große Erwartungen für die Zukunft
- 8 Die Okologisierung der Landwirtschaft als Grundlage für Ernährungssicherheit
- 9 Aktion zum internationalen Frauentag 2012 der AWEPA Sektion Osterreich
- 9 Challenges and Options for Smallholder Agriculture in Mozambique Gastbeitrag von Peter Nkala, Centre for Development Research (CDR), BOKU Wien
- 11 Bilaterale Investitionsschutzabkommen: Moderne Instrumente im Interesse der österreichischen Wirtschaft und nachhaltiger Entwicklung
 - Gastbeitrag von Christina Knahr und Manfred Schekulin, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
- 12 Das parlamentarische Forum der SADC (Southern African Development Community)
- Starke Parlamente im Südlichen AfrikaGastbeitrag von Gertrude Leibrecht, ADA Austrian Development Agency
- 14 IPU Konferenz in Kampala
- 15 Kurz notiert
- 16 Zahlen, Fakten, Hintergründe

Workshop zur Erstellung einer ICT Strategie, der im Rahmen des Nord-Süd Dialog Projektes im März im mosambikanischen Parlament stattfand.

Editorial



Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter,

Erstmals seit 1997 sind die weltweiten Mittel für öffentliche Entwicklungshilfe rückläufig. Mit -14,4% sind die Kürzungen in Österreich 2011 besonders drastisch. Österreich entfernt sich mit aktuell bereit gestellten Mitteln von 0,27 % des BNE weit von seiner internationalen Verpflichtung von 0,7% des BNE für EZA. Einsparungen dürfen jedoch auch in Krisenzeiten nicht auf Kosten der Ärmsten gemacht werden, denn gerade chronische Armut ist ein Auslöser von sozialen Konflikten und humanitären Katastrophen. Die AWEPA Sektion im österreichischen Parlament beschäftigt sich seit langem mit einer global nachhaltigen Landwirtschaft und Ernährungssicherheit, einer Thematik, die im Zusammenhang mit Hungerkatastrophen - wie derzeit im Sahel - und steigenden Lebensmittelpreisen immer wieder Brisanz aufweist. Es ist unumgänglich, in punkto Ernährungssicherheit langfristig neue Perspektiven zu schaffen. Nur nachhaltige ländliche Entwicklung, die auf die Gegebenheiten der Region angepasst ist, kann den Menschen eine sichere Zukunft bieten. Mit der Veranstaltung "Green Economy - Aspekte nachhaltiger Landnutzung in Afrika" werden die vielfältigen Aspekte einer nachhaltigen und umweltverträglichen Art des Wirtschaftens im Vorfeld der UN-Konferenz Rio+20 beleuchtet. Der aktuelle Newsletter enthält zahlreiche Hintergrundinformationen zum Thema. Die Zusammenarbeit mit dem mosambikanischen Partnerparlament war gerade in den letzten Monaten sehr intensiv - die nachzulesenden Ergebnisse der abgehaltenen Workshops sind für den Demokratisierungsprozess Mosambiks von Relevanz und unterstreichen die Sinnhaftigkeit des interparlamentarischen Dialogs.

Pedio Bajir Ihre NR Petra Bayr

Parlamentarische Partnerschaft mit Mosambik

Trainingsworkshop zur Öffentlichkeitsarbeit und Finalisierung der IT-Strategie für das mosambikanische Parlament

Von 7. bis 9. März 2012 sowie von 23. bis 27. April 2012 fanden in Maputo Workshops für Abgeordnete und MitarbeiterInnen der Parlamentsverwaltung des mosambikanischen Parlaments statt. Die Workshops waren Teil der zwischen dem österreichischen Parlament und der mosambikanischen Assembleia da Repùblica vereinbarten Aktivitäten, die im Rahmen des Nord-Süd Dialog Projekts durchgeführt und von der ADA finanziert werden.

Der erste Workshop zum Thema Öffentlichkeitsarbeit wurde von Thomas Holzinger, dem Leiter der Veranstaltungsabteilung des österreichischen Parlaments konzipiert und durchgeführt. Das Programm und die inhaltlichen Aktivitäten des Workshops wurden basierend auf der im Vorfeld abgestimmten Prioritätenliste der mosambikanischen KollegInnen festgelegt. Besonderes Interesse weckten hierbei die Bereiche

Veranstaltungen und Führungen sowie das Konzept für das BesucherInnenzentrum. Das Engagement und die hohe fachliche Kompetenz der TeilnehmerInnen führten zu einem sehr anregenden und produktiven Dialog, der den hohen Anspruch der mosambikanischen Parlamentsverwaltung an die Öffentlichkeitsarbeit widerspiegelte. Die weitere Vorgangsweise für den Aufbau des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit soll mit den zuständigen Verantwortlichen der mosambikanischen Parlamentsverwaltung im Rahmen eines ExpertInnentreffens im Juni in Österreich diskutiert werden. Für die im Themenkatalog des mosambikanischen Parlaments gesetzten Schwerpunkte sollen gemeinsam lang-, mittel- und kurzfristige Maßnahmen festgelegt werden.

"IT-Strategie"

Beim Workshop im April wurde die IT und Kommunikationsstrategie des mo-



Thomas Holzinger mit Oriel Chemane (Leiter der Veranstaltungsabteilung im Mosambikanischen Parlament) und Simiao Neves (Mitarbeiter der Veranstaltungsabteilung)





Gruppenarbeit und Präsentatior während des PR-Workshops

sambikanischen Parlaments finalisiert. Die Erstellung einer IT Strategie ist auf Bitte des mosambikanischen Partners eine der Hauptaktivitäten im Rahmen der Partnerschaft. Im Hintergrund steht die Erstellung einer Gesamtstrategie (10 Jahres Plans), den die Assembleia aktuell entwickelt, um den zukünftigen Herausforderungen besser gewachsen zu sein. Die ICT Strategie wird in die Gesamtstrategie einfließen, die spätestens im Herbst beschlossen werden wird.

Bereits seit über einem Jahr gab es mehrere Vorbereitungstreffen und einen ersten Workshop Anfang September in Maputo. Von Seiten des österreichischen Parlaments wird das Projekt von Günther Schefbeck, dem Leiter der Abteilung Dokumentation, Archiv und Statistik betreut. Auf Anfrage des mosambikanischen Parlamentsdirektors führte er bereits im Jahr 2010 eine Evaluierung der Infrastruktur des mosambikanischen Parlaments im Allgemeinen und des IT Bereichs im Speziellen durch. Seine Analyse bildete den Ausgangspunkt der Strategieerstellung.

Die Erstellung der Strategie stellte für das mosambikanische Parlament aufgrund der geringen Personalkapazität und des fehlenden Know-how eine große Herausforderung dar. Ein Teil der Vorbereitungen inkludierte auch einen awareness raising Prozesses bei den Abgeordneten des Hauptausschusses, um darzulegen, welche Erleichterung eine gut funktionierende IT Struktur im täglichen parlamentarischen Ablauf bringen würde. Besonderes Interesse und Unterstützung erhielt das ICT Projekt durch den zweiten Parlamentspräsident Lucas Chomera und den Rapporteur der Permanent Commission (= Hauptausschuss), dem Abgeordneten José Katupha.

Über die guten Kontakte von Günther Schefbeck kam es im September 2011 zu einem ersten Treffen und der Zusammenarbeit mit João Viegas vom UNDESA - Global Centre on ICT in Parliaments (Sitz in Rom). Das Global Centre war 2010 vom SADC PF (Parlamentarisches Forum der SADC, siehe S. 12 im Newsletter) beauftragt worden gemeinsam mit Partnerparlamenten aus Europa ICT Strategien für die Parlamente des SADC Region zu erstellen. Österreich wurde Projektpartner für das mosambikanische Parlament. Es folgten mehrere Treffen zur Erarbeitung eines ersten Draft für eine Strategie basierend auf den Rechercheergebnissen von Günther Schefbeck und João Viegas. Anfang des heurigen Jahres kam es dann zu einem gemeinsamen Treffen aller Projektpartner in Wien, bei dem der zeitliche Fahrplan und das Konzept für den finalen Workshop festgelegt wurden. Im April wurde der Workshop nun unter reger Teilnahme der politischen

VertreterInnen sowie der Mitarbeiter-Innen des Parlaments abgehalten. Der Strategieentwurf wurde präsentiert. Im Anschluss wurden in unterschiedlichen Arbeitsschritten, wie einer SWOT Analyse (Stärken-Schwächen Analyse), des Balanced Score Card Approaches und anderer Methoden, die Bedürfnisse des Parlaments nochmals überprüft. Auf Einladung des Nord-Süd Dialoges nahmen auch Vertreter der Eduardo Mondlane Universität sowie Vertreter von GOVNET, der IT Institution der Regierung teil, da es im Hinblick auf e-governance zu einer besseren Vernetzung kommen muss. Resümee dieser Präsentation war, dass die IT Struktur der Regierung viel besser entwickelt, da finanziell und personell viel besser ausgestattet ist. Am letzten Workshoptag konnte bereits ein erster Maßnahmenkatalog präsentiert werden. Bis Anfang Juni wird die umfassende ICT Strategie fertig gestellt und dem Parlament übermittelt.

Ab Herbst sollen erste Implementierungsschritte stattfinden, was sicherlich



PR-Workshop in Maputo unter der Leitung von Thomas Holzinger

Foto 1 Günther Schefbecl präsentiert die Rahmenbedingungen für eine ICT-Strategie

Foto 2 Dr. Lourino Chemane, der Projektleiter für die ICT Strategie der Regierung präsentiert Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit dem Parlament





eine neue Herausforderung für das Parlament darstellt. Erste Gespräche über eine finanzielle Unterstützung bei der Implementierung zwischen dem Parlament und Vertretern der Europäischen Kommission wurden bereits geführt. Die Implementierung wird vom NordSüd Dialog Projekt begleitet. Nord-Süd Dialog Programmleiterin Jutta Kepplinger wurde vom Global Centre eingeladen am finalen Workshop der SADC PF "ICT Strategic Planning in the SADC Parliaments" Mitte Mai in Windhuk, Namibia teilzunehmen und über die Arbeit und die Erfahrungen des österreichischen Parlaments in der Zusammenarbeit mit dem mosambikanischen Parlament zu berichten. Vertreter des mosambikanischen Parlaments informierten über die Ansätze der ICT Strategie.

AWEPA MOSAMBIK – Arbeitsschwerpunkte im vergangenen Jahr

Der Fokus der Arbeit des AWEPA (European Parliamentarians with Africa) Büros in Maputo lag im vergangenen Jahr auf zwei Bereichen: einerseits einer Reihe von Aktivitäten mit dem Ausschuss für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung und andererseits auf einem Seminarzyklus mit den neu installierten Provinzparlamenten.

Die Inhalte dieser Schwerpunkte fasst Amarília Mutemba, die Leiterin des AWEPA Büros, wie folgt zu sammen:

Cycle of activities with the committee of Agriculture, Rural Development, Economic Activities and Services:

This work focused on the production of an Agriculture Law. The cycle of activities included seminars, workshops and two exchange visits (one to Finland and the second to Brazil). Besides that, a workshop on how to produce a law was organized for staff and for MPs of

three specialized committees, including the Committee of Agriculture, Rural Development, Economic Activities and Services. For this workshop AWEPA worked with the Faculty of Law from Eduardo Mondlane University. The MPs were introduced to the details and process of law drafting. The steps forward were discussed, including the research, and the time schedule towards the production of the law in agriculture was drafted.

Seminars on interaction of Provincial Assemblies and other institutions:

These seminars took place in the Provinces of Inhambane, Manica, Maputo, Cabo Delgado, Zambézia and Sofala. The Members of the Provincial Assemblies were trained on their function and responsibilities and how they can interact with other institutions. Participants included members of Provincial Assemblies, Provincial Government representatives, District Administrators, representatives of Civil Society Organizations and Private Sector.

"Das Parlament im Bewusstsein der Öffentlichkeit als Ort der Gesetzgebung verankern"

Interview mit Thomas Holzinger, Leiter der Abteilung Veranstaltung und BesucherInnen im österreichischen Parlament



Welchen Eindruck hatten Sie von der Veranstaltungsabteilung des mosambikanischen Parlaments?

Das Team des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit des mosambikanischen Parlaments, das für den Bereich Veranstaltungen, Führungen etc. zuständig ist, ist derzeit unter der neuen Leitung von Herrn Oriel Chemane in Ausbildung begriffen. Die genauen Zuständigkeiten der einzelnen MitarbeiterInnen sind noch nicht festgelegt; derzeit wird ein Großteil der Herausforderungen vom Leiter der Abteilung und dessen Stellvertreterin abgewickelt. Eine genaue Aufgabendefinition, eine Priorisierung der Maßnahmen, eine lang-, mittel- und kurzfristige Strategie und Veranstaltungsplanung ist derzeit in Ausarbeitung. Allerdings gibt es ein sehr umfangreiches und ambitioniertes Strategiepapier für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit, das u.a. umfasst:

 Führungen durch die Assembleia de República

- Diskussionsveranstaltungen mit politischen AkteurInnen und Vertreter-Innen der Zivilgesellschaft
- eine Strategie für den Web-Auftritt
- Kunstausstellungen in den Räumlichkeiten des Parlaments
- Pintura de Murais eine Wandinstallation zur Geschichte Mosambiks

Was sind die größten Unterschiede zum Procedere im österreichischen Parlament?

Die größte Herausforderung, der das Team des mosambikanischen Parlaments gegenübersteht, ist eine Klärung der internen Abläufe. Derzeit ist die Hierarchie ausgesprochen steil und alle Entscheidungen müssen im hierarchischen Weg der Präsidentin vorgelegt werden. Eine direkte Kooperation der zuständigen Abteilung mit der Präsidentin/dem Büro der Präsidentin ist derzeit nicht gegeben. Dies erschwert die Entscheidungsfindung in Bezug auf angedachte Projekte enorm und führt zu großen Reibungsverlusten aber auch Informations- und Kommunikationsdefiziten. Dies wird noch dadurch verstärkt, dass keine funktionierende IT-Infrastruktur vorhanden ist. Eine kurzfristige Kommunikation per E-Mail scheint einerseits aufgrund der fehlenden Ausstattung nicht möglich, andererseits aufgrund der hierarchischen Struktur noch nicht gewollt zu sein. Eine kurze direkte Kommunikation zu ermöglichen und zuzulassen wäre für diesen noch jungen Bereich und dessen Arbeitsbedingungen sehr hilfreich.

Was sind die größten Herausforderungen denen das mosambikanische Parlament in Bezug auf eine Öffnung hin zur Bevölkerung/zur Öffentlichkeit gegenübersteht?

Die größte Herausforderung scheint zu sein, das Parlament im Bewusstsein der öffentlichen Wahrnehmung als Ort der Gesetzgebung zu positionieren und zu verankern. Neben den schwierigen Kommunikations- und Informationswegen dieser noch jungen Demokratie und der enormen räumlichen Distanzen kommt meiner Ansicht nach den Tätigkeiten der ParlamentarierInnen in ihren eigenen Wahlbezirken eine sehr große Bedeutung zu. Diese sollte sich nicht nur auf deren politische Arbeit beschränken, sondern auch das Wesen des Parlamentarismus beinhalten, um so ein Verständnis für gesetzgebende Prozesse entstehen zu lassen.

Wie in allen Bereichen der Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente weltweit, stellt sich auch in Mosambik die Frage, inwieweit die Tätigkeiten des Parlaments (Berichte aus den Ausschüssen und aus den Plenardebatten einerseits, aber auch Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit wie Veranstaltungen andererseits) einer breiten Bevölkerung kommuniziert werden können.

Wie wichtig schätzen Sie eine derartige Öffnung des Parlaments für die Festigung der noch jungen Demokratie in Mosambik ein?

Die Öffnung des Parlaments für Bürgerinnen und Bürger zur Kommunikation der parlamentarischen Prozesse aber auch aktive Angebote der Demokratievermittlung halte ich für ausge-

sprochen wichtig. Derzeit haben nur wenig Menschen die Möglichkeit, das Parlament im Rahmen von Führungen zu besuchen. Hier scheint mir großer Handlungsbedarf gegeben zu sein. Angebote der Demokratievermittlung für Kinder und Jugendliche aber auch für Erwachsene sind aus meiner Sicht ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Kommunikation demokratischer Einrichtungen. Die Kooperation mit dem zuständigen Ministerium für Bildung und in weiterer Folge mit Schulen und Institutionen, wie Universitäten, wäre ein großer Schritt. Der Besuch des mosambikanischen Parlaments als

Teil eines Ausbildungscurriculums an Universitäten, insbesondere aber auch die Verankerung der Demokratievermittlung in den Lehrplänen an Schulen wäre ganz essentiell.

In welcher Weise konnte der abgehaltene Workshop zur Umsetzung der PR-Strategie im mosambikanischen Parlament beitragen?

Ich war erstaunt, wie engagiert und wie kooperativ die Kolleginnen und Kollegen des mosambikanischen Parlaments gearbeitet haben. Der Workshop war in jedem Punkt als Dialog angelegt und als Kommunikation der Best-Practice-Modelle im österreichischen Parlament zur Hilfestellung der mosambikanischen Kolleginnen und Kollegen. Die im österreichischen Parlament gemachten Erfahrungen und die Bewältigung von Herausforderungen auf dem Weg zur Umsetzung einer PR-Strategie konnte ich vermitteln. Ich hatte den Eindruck, dass der Workshop in einer partnerschaftlichen Atmosphäre abgelaufen ist und die inhaltlichen Impulse an- und aufgenommen wurden. Es war ein spannender Dialog auf einem sehr professionellen und hohen Niveau.

Rio+20 – Große Erwartungen für die Zukunft

Von 20. bis 22. Juni 2012 findet in Rio de Janeiro die UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung als Folgekonferenz des ersten "Earth Summit" in Rio im Jahr 1992 statt

Bereits 1968 äußerte sich der Club of Rome kritisch zur vorherrschenden Wirtschaftsform und formulierte erstmals die "Grenzen des Wachstums". 1992, beim Erdgipfel der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro beschlossen über 170 Staaten Entwicklungsund Umweltziele, unter ihnen die sogenannte Agenda 21. Rio 1992 war ein Meilenstein im Sinne der Erkenntnis, dass ein kleiner Teil der Weltbevölkerung (in den Industrieländern) auf Kosten der Mehrheit (in den Schwellen- und Entwicklungsländern) zu ressourcenintensiv und umweltschädigend lebt. Die Agenda 21 verlangt demnach "Ungleichheiten im Lebensstandard zu verringern und den Bedürfnissen der Mehrheit der Menschen in der Welt besser gerecht zu werden."

Für Industrieländer war Rio 1992 jedoch vorwiegend eine Umweltkonferenz, d.h. es ging vordringlich darum, wie man möglichst ressourcenschonend und umweltverträglich wachsen kann – also das gleiche wirtschaftliche Wachstum wurde nicht in Frage gestellt. Für Entwicklungsländer stand jedoch die Frage nach Gerechtigkeit und dem Recht auf Entwicklung im Vordergrund. Als sozusagen kleinsten gemeinsamen Nenner konnte man sich auf das Bestreben nach einer "nachhaltigen Entwicklung" einigen, d.h. eine dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.

Auf der im Juni 2012 stattfindenden Konferenz Rio+20 wird Bilanz über bisherige Fortschritte sowie bestehende Mängel in der Umsetzung der Nachhaltigkeits-Deklarationen gezogen und neu aufkommende Herausforderungen identifiziert. Das Hauptziel der Konferenz ist ein erneutes politisches Engagement für eine Nachhaltige Entwicklung. Thematisch wird sich die Konferenz auf

die Themen "Green Economy" und institutionelle Reformen für eine nachhaltige Entwicklung konzentrieren.

Fokus Green Economy – Begriff und Ziele

Ein ökologisches Wirtschaften im Kontext nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung ist eines der beiden zentralen Themen der Rio+20 Konferenz. Bislang bestehen für dieses Wirtschaften am Schnittpunkt von Ökonomie und Ökologie weder eine allgemein gebräuchliche Begrifflichkeit noch eine einheitliche Strategie. Daher wurde vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) im Jahr 2008 die Green Economy Initiative ins Leben gerufen und dabei die folgende Arbeitsdefinition entwickelt:

"Green Economy ist eine Wirtschaftsweise, die zu erhöhtem menschlichen Wohlbefinden und mehr sozialer Gerechtigkeit führt, während sich gleichzeitig Umweltrisiken und ökologische Knappheit deutlich verringert." (UNEP (2011): Towards a Green Economy. Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication, S.16; Übersetzung der Redaktion)

Green Economy kann somit vereinfacht als eine kohlenstoffarme, ressourceneffiziente und sozial inklusive Wirtschaftsweise verstanden werden, in deren Rahmen soziale, wirtschaftliche und ökologische Ziele ausgewogen und integrativ behandelt werden sollen. Steigende Einkommen und mehr Arbeitsplätze sollen durch öffentliche und private Investitionen geschaffen werden, die CO₂-Emmissionen und Umweltverschmutzung verringern, die Energie- und Ressourceneffizienz erhö-

hen und den Verlust von Biodiversität und Ökosystemleistungen verhindern. Im Dezember 2011 erschien ein umfassender Green Economy Bericht des UNEP laut dem der Übergang zu einer Green Economy zu schaffen ist, wenn bis 2050 jährlich 2% des globalen BIP (aktuell ca. 1,3 Billionen US-\$) in den ökologischen Wandel folgender Schlüsselsektoren investiert werden: Landwirtschaft, Bauwesen, Energieversorgung, Fischerei, Forstwirtschaft, Industrie, Tourismus, Transportwesen, Abfall- und Wasserwirtschaft. Im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit kann die Green Economy als ganzheitliche Initiative angesehen werden, denn es wird in ihren Ansätzen versucht, nicht nur die Ursachen von Entwicklungsproblemen

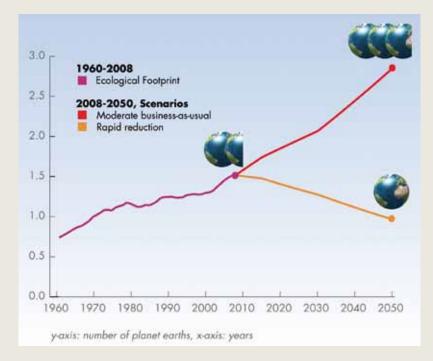
anzugehen, sondern die Wirkungszusammenhänge zwischen Ökonomie, Ökologie und Politik zu erkennen und auf diese im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung einzuwirken.

Eine nachhaltige Entwicklung fokussiert auf einen holistischen, weitsichtigen und ausgleichenden Ansatz in Bezug auf Entscheidungsfindungen auf allen Ebenen. Nicht nur eine starke Ökonomie steht im Vordergrund, sondern ein inter- und intragenerationeller Ausgleich.

Ökologischer Fußabdruck

Unter dem Ökologischen Fußabdruck wird die Fläche auf der Erde verstanden, die notwendig ist, um den Lebensstil und Lebensstandard der Menschen unter Fortführung aktueller Produktionsbedingungen dauerhaft zu ermöglichen. Einerseits Flächen, die zur Produktion von Nahrung, Kleidung, Energie, etc. und andererseits zur Absorbierung menschlicher Verschmutzungen und Bindung von freigesetztem CO₂ notwendig sind.

Der Zeitpunkt, ab dem die Biokapazitäten der Erde nicht mehr ausreichen, um die verbrauchten Ressourcen in gleichem Ausmaß zu reproduzieren bzw. die verursachte Verschmutzung zu absorbieren wird Earth Overshoot Day genannt. Im Jahr 2011 wurde dieser Tag am 27. September erreicht, d.h. die Biokapazitäten der Erde für dieses Jahr wurden bereits nach 9 Monaten verbraucht. Global wurde der World Overshoot Day bereits in den 1970er Jahren erreicht. Heute bräuchten wir 1½ Erden um die vom Menschen innerhalb eines Jahres verbrauchten Ressourcen zu reproduzieren und die verursachte Verschmut-



zung zu absorbieren. Falls die von den Vereinten Nationen prognostizierte Bevölkerungsentwicklung anhält und sich unsere Konsummuster nicht verändern, werden wir laut Prognose 2030 bereits 2 Erden benötigen.

Quelle: http://www.footprintnetwork.org/ en/index.php/GFN/page/ world_footprint/

Die Ökologisierung der Landwirtschaft als Grundlage für Ernährungssicherheit

Die Ökologisierung der Landwirtschaft (Green Agriculture) stellt laut dem UNEP-Bericht zur Green Economy1 die Grundlage für die Ernährungssicherheit einer steigenden Weltbevölkerung dar. Die konventionelle – industrialisierte – Landwirtschaft in den Industrie- und Schwellenländern weist zwar eine hohe Produktivität auf, jedoch auf Kosten eines hohen Ressourceneinsatzes. Chemischer Dünger, Herbizide oder Pestizide sowie der hohe Wasser- und Kraftstoffverbrauch bedingen einen (zu) großen ökologischen Fußabdruck. Gleichzeitig führt auch die traditionelle – meist auf Subsistenz basierende - Landwirtschaft, wie sie in den meisten Entwicklungsländern praktiziert wird, oft zu einer Auslaugung der Böden und der Umnutzung von Wäldern in Farmland.

Armutsreduktion durch Green Agriculture

2,6 Milliarden Menschen sind für ihren Lebensunterhalt von Landwirtschaft abhängig, der Großteil davon lebt in kleinbäuerlichen Verhältnissen in Entwicklungsländern und hat ein Einkommen von weniger als 1 US-Dollar pro Tag. Die Erträge in diesen wenig technisierten kleinbäuerlichen Landwirtschaften, die in Afrika 90% der gesamten Agrarproduktion ausmachen (S.41), sind gering und die Vertriebsmärkte unzureichend entwickelt. Entsprechend hoch ist die Armut der ländlichen und agrarischen Bevölkerung. Hier setzt das UNEP Konzept einer Green Agriculture an, das insbesondere die Produktivitätssteigerung von Kleinbauern in den Vordergrund stellt, die in Regionen mit hohem Bevölkerungsdruck und Ernährungsproblemen leben. Praktiken und Technologien, die eine derartige Ökologisierung der Landwirtschaft vorantreiben sollen, inkludieren unter anderem:

- Wiederherstellung und Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit durch erhöhte Zufuhr natürlicher und nachhaltig produzierter Nährstoff, diversifizierte Fruchtfolgen und integrierte Landund Viehwirtschaft.
- Reduzierung von Bodenerosionen und Effizienzsteigerung im Wasserverbrauch durch minimale, schonende Bodenbearbeitung und Kultivierung von Zwischenfrüchten.
- Reduzierung der Verwendung chemischer Pestizide und Herbizide durch die Einführung integrierter ganzheitlicher und umweltfreundlicher biologischer Unkraut-, Schädlings-, und Krankheitsbekämpfung.
- Reduzierung des Lebensmittelverderbs und -verlusts durch die Ausweitung des Gebrauchs von Lagerungsund Verarbeitungseinrichtungen nach der Ernte.

In Folge der Produktivitäts- bzw. Ertragssteigerung und der damit einhergehenden Schaffung neuer Arbeitsplätze – laut UNEP wären 47 Millionen neue Arbeitsplätze bis 2050 möglich (S.37) – leistet eine Umstellung auf Green Agriculture durch den Fokus auf ländliche Regionen in Entwicklungsländern einen besonderen Beitrag zur Armutsreduktion und Ernährungssicherheit.

Rahmenbedingungen für eine Green Agriculture schaffen

Damit die Praktiken und Technologien der Green Agriculture auch in der Praxis effektiv umgesetzt werden können, braucht es einerseits finanzielle Investitionen und andererseits entsprechende politische Rahmenbedingungen. Laut UNEP wären globale Investitionen insbesondere auch in den Bereichen Forschung und Kapazitätenstärkung in Höhe von knapp 200 Mrd. US-Dollar jährlich bis 2050 notwendig (S. 61), um

eine vollständige Umstellung auf Green Agriculture zu gewährleisten.

Um die Wirksamkeit dieser Investitionen zu garantieren, spricht sich die UNEP für weitreichende politische Reformen auf nationaler wie internationaler Ebene aus. Darunter fällt auf nationaler Ebene bspw. die Reduzierung von Subventionen für landwirtschaftliche Produktionsmittel, die deren exzessive Verwendung nach sich ziehen. Im Gegenzug sollten Anreizsubventionen für den Einsatz grüner Praktiken und Technologien eingeführt werden. Auf globaler Ebene sollten zur Förderung kleinbäuerlicher Landwirtschaften unter anderem Exportsubventionen in Industrieländern abgeschafft werden, die vorhandene Wettbewerbsvorteile von Entwicklungsländern in Bezug auf Green Agriculture untergraben können. Eine weitere Voraussetzung stellt gute Regierungsführung insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern dar. Hierbei ist besonders die Sicherung von Landrechten der kleinbäuerlichen Bevölkerung notwendig, um deren langfristigen Umstieg auf Green Agriculture zu garantieren.

Bildungsinitiativen, die auf die Ernährungsgewohnheiten der Bevölkerung abzielen, sollten diese Maßnahmen begleiten. Konsumentenorientierte Programme, die auf gesunde Ernährung und auf soziale und ökologische Implikationen von Essgewohnheiten eingehen, können die Nachfrage nach nachhaltig produzierten Nahrungsmitteln positiv beeinflussen.

Der Artikel bezieht sich in seinen Ausführungen auf: UNEP (2011): Towards a Green Economy. Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. www.unep.org/greeneconomy

Aktion zum internationalen Frauentag 2012 der AWEPA Sektion Österreich

Frauen in Entwicklungsländern sind von Klimaerwärmung besonders betroffen: Die AWEPA Sektion Österreich fordert entsprechende Maßnahmen!

Die Rahmen des internationalen Frauentages am 8. März 2012 machte die AWEPA Sektion Österreich auf die Zusammenhänge zwischen Klimawandel, Ernährungssicherheit und Frauenrechten insbesondere in Entwicklungsländern aufmerksam. Zwei Drittel der weiblichen Arbeitskräfte - in Afrika teilweise über 90 % - sind im landwirtschaftlichen (Subsistenz-)Sektor tätig und je nach Region für 40-80 % der gesamten Lebensmittelproduktion verantwortlich. Damit sind Frauen überproportional von den Auswirkungen des Klimawandels und der damit verbundenen Minderung des anbaufähigen Bodens und der Verringerung des verfügbaren Wassers betroffen.



NR Hannes
Wenninger, NR
Renate Csörgits,
NR-Präsidentin
Barbara Prammer,
NR Eva Glawischnig,
NR Rosa Lohfeyer,
NR Christine Lapp,
NR Judith Schwentne
NR Gertrude Aubauer
NR Petray Bayr,
II. NR-Präsident Fritz
Neugebauer,
NR Heidrun Silhavy,
NR Christine
Muttonen,
NR Gisela Wurm,
NR a.D. Inge Jäger,
NR Ruperta
Lichtenecker

Parlamentsdirektion , Carina Ott

Challenges and Options for Smallholder Agriculture in Mozambique

Gastbeitrag von Peter Nkala, Centre for Development Research (CDR), BOKU Wien

Since the cessation of hostilities in 1992, Mozambique has been described as a model of progressive developing economies in Africa. However, economic development of this country hinges on improving agriculture with a special focus on rural areas for a number of reasons. Slash and burn agriculture is the main source of livelihood for more than 80 %

of the 22 million people. More than 80% of the population are smallholder subsistence farmers living in rural areas where off-farm opportunities are limited. Smallholder farmers in the Cabo Delgado, Manica, Nampula, Sofala, Tete and Zambezia provinces contribute 60% plus to national grain produce. This low external input and productiv-

ity sector presents a lot of challenges to farmers. Rudimentary technologies and equipment, inadequate extension services, non-existence of inter-industry and market linkages, high transaction costs and a weak regulatory framework are some of the causes of poor performance. Vagaries of climatic change characterised by droughts and floods

since the 2000 cyclone Eline floods compound the problem. The persistent practice of slash and burn agriculture, charcoal production and increasing demand for firewood pose threats of desertification. About 44 000 hectares of forests are lost annually to excessive and unsustainable timber harvesting. Soil fertility is also affected and the land has poor water retention properties and is very unsuitable for agriculture resulting in low yields even during good rainfall seasons. Sustainable agricultural technologies like conservation or climate smart agriculture would be difficult to implement on such degraded land.

The national programmes on agricultural development in Mozambique

At independence in 1975, the ruling Frente de Libertação de Moçambique (FRELIMO) government established large state farms, controlled prices of agricultural products, dominated all marketing networks and stifled growth of the private commercial farming sector. Following the FRELIMO congress of 1983 these establishments and controls were dismantled for causing distortions in economic and agricultural development. Subsequently the government introduced the national program for agricultural development (PROA-GRI) designed to remedy failed policies on productivity improvement despite massive influx of aid into agriculture since the end of the civil war in 1992. PROAGRI was divided into 3 phases; the common basket phase from 1999 -

2000, the common flow of funds phase from 2001 - 2006 and the final phase from 2007 onwards. The objectives of PROAGRI included raising household incomes for smallholder farmers, ensuring sufficient household food production, food security and whenever possibly production of surplus for sale. Although there was an almost successful attempt at infrastructure development, service delivery remained poor and the overall evaluation of PROAGRI showed that despite so much donor support positive and tangible results remained elusive. The development of an agricultural market in Mozambique has remained slow and unsynchronised with conservation and climate smart agricultural technologies purported to be a panacea for improved rural smallholder livelihoods.

Future prospects and policies

Climatesmart policy options that would sustainably increase productivity, resilience, reduce green-house emissions and bring closer the achievement of national food security and development goals must be considerate of regional differences in agricultural performance giving priority to traditionally productive northern and central provinces as opposed to the poorly performing southern region must be developed. The southern region could optimize by seeking options out of agriculture given its natural and traditional status as a poor performer in agricultural productivity and also as a measure to minimise and mitigate risk.

Building on the successes of PROA-GRI and Poverty Reduction Strategies (PARPA I & II) policies, budgetary allocations must focus on infrastructure development including improved water harvesting techniques and irrigation in addition to manpower development especially in extension services delivery in the pro-agricultural northern and central regions. Investment in human capital should also be up-scaled as complimentary targets for poverty alleviation and food security in order to kickstart innovation, technology adoption, higher productivity and raise consciousness about sustainable use of natural resources. New policies should seek to maintain or surpass the 6% annual budgetary allocation thresholds to agriculture set by the Comprehensive Africa Agriculture Development Programme (CAADP). The Ministry of Agriculture in Mozambique (MINAG) should collaborate with sister Ministries, departments, the private sector and international partners in finding winning solutions for agricultural development.

Finally, acknowledging that investment in agriculture as a strategy for poverty alleviation and food security is necessary without negating complementary roles of education, roads and other public service infrastructure and market development as also critical for improving livelihoods of poor smallholder farmers.

Foto 1: Kleinbauern kämpfen mit schlechten landwirtschaftlichen Böden und Bedingungen

Foto 2: Das Fehlen von Gras und organischen Rückständen erschwert das Mulchen

Fotos: Petra Nkala





Bilaterale Investitionsschutzabkommen: Moderne Instrumente im Interesse der österreichischen Wirtschaft und nachhaltiger Entwicklung

Gastbeitrag von Christina Knahr und Manfred Schekulin, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend

In den letzten Jahren beschleunigte sich der Internationalisierungsgrad der österreichischen Wirtschaft dramatisch. Machten 1990 die Direktinvestitionsbestände österreichischer Unternehmen im Ausland umgerechnet etwa 5 Mrd. Euro bzw. weniger als 3% des BIP aus, waren es 2010 rund 130 Mrd. Euro bzw. 45% des BIP. Österreich wurde in diesem Zeitraum zu einem Nettokapitalexporteur: Anfang der 90er Jahre waren die Auslandsinvestitionen in Österreich (passive DI) noch rund doppelt so hoch wie die österreichischen Investitionen im Ausland (aktive DI), 2010 lagen erstmals die aktiven DI vorne.

Die Bedeutung privater Investitionen gerade für Entwicklungsländer wird sowohl im Monterrey-Consensus als auch in der Busan Partnership ausdrücklich anerkannt. Und zahlreiche Studien belegen die positiven Auswirkungen auf Österreich: Aktive DI machen die Handelsbilanz weniger anfällig für Wechselkursschwankungen¹ und schaffen zusätzliche Jobs². DI sind aber auch mit besonderen Risiken für den Investor verbunden, der im schlimmsten Fall damit rechnen muss, enteignet zu werden, sobald seine Anfangsinvestitionen sich zu rentieren beginnen, und dann Schadenersatzansprüche auf der Basis von Gesetzen und vor Gerichten jenes Landes geltend machen zu müssen, dessen Regierung den Schaden verursacht hat. Ziel bilateraler Investitionsschutzabkommen (BITs) ist es, dieses Risiko

zu reduzieren, indem das Gastland sich zur Einhaltung bestimmter Mindeststandards verpflichtet und dem Investor die Möglichkeit einräumt, Streitfälle vor unabhängige internationale Schiedsgerichte zu bringen. Von der erhöhten Rechtssicherheit profitieren sowohl Investoren als auch - durch die gesteigerten Attraktivität des Investitionsstandortes - die Gastländer. Rechtsicherheit ist besonders für kleinere und mittlere Unternehmen, wie sie für Österreich charakteristisch sind, von entscheidender Bedeutung und macht deren Geschäftstätigkeit in Entwicklungs-, Transitions- und Schwellenländern oft überhaupt erst möglich. Österreich schließt daher besonders seit den 90er-Jahren gezielt BITs ab und hat derzeit 60 Abkommen in Kraft, von denen rund die Hälfte der österreichischen aktiven DI-Bestände (und rund 6 % der passiven) erfasst ist.3 Aufbau und wesentliche Inhalte österreichischer BITs entsprechen internationalen Vorbildern. Der derzeit geltende Mustertext wurde in einem umfassenden Prozess, der Sozialpartner, betroffene Institutionen und Parlament umfasste, erarbeitet und 2008 von der Bundesregierung beschlossen. Er wird seither allen Verhandlungen neuer BITs zugrunde gelegt und auch für die Neuverhandlung bestehender Abkommen herangezogen. Wesentliche Neuerungen sind

 die Neuformulierung des Verhältnisses zwischen BIT-Verpflichtungen und EU-Recht;

- das Bekenntnis zu nachhaltiger Entwicklung sowie Verweise auf internationale Abkommen und Mindeststandards im Menschenrechts-, Sozial-, Umwelt- und Antikorruptionsbereich und auf die OECD-Leitsätze für Multinationale Unternehmen;
- die Aufnahme ausdrücklicher Bestimmungen gegen das Absenken von Sozial- und Umweltstandards;
- die Klarstellung, dass legitime ordnungspolitische Maßnahmen keine Enteignung im Sinne darstellen, auch wenn sie mit Vermögensnachteilen für Investoren verbunden sind.

Der neue österreichische BIT-Mustertext gilt in Expertenkreisen als modern und vorbildlich. Österreichische Unternehmen schätzen den Rechtsschutz, den er ihnen bei Investitionen im Ausland einräumt. Eine von der Arbeiterkammer Wien in Auftrag gegebene Studie bezeichnet ihn als "anerkennenswerte Leistung" und "ausgewogen".4 Die Europäische Kommission nutzt ihn bei der Ausarbeitung von Investitionsregeln in zukünftigen EU-Abkommen. Dringender Handlungsbedarf ist keiner erkennbar. Die zuständigen Ministerien verfolgen aber aufmerksam alle Entwicklungen, die in Zukunft eine neue Überarbeitung – natürlich wiederum unter Einbeziehung von Sozialpartnern und Parlament – sinnvoll machen könnten.

Martin Falk, Determinants of the Trade Balance in Industrialized Countries, FIW-Studie 2008 No. 013, abrufbar unter http://www.fiw.ac.at/index.php?id=421

² Martin Falk, Yvonne Wolfmayr, The Extent, Characteristics and Impacts of FDI and Multinational Firm Activities - A Firm Level Analysis, FIW Research Reports 2009/2010 No 06, abrufbar unter http://www.fiw.ac.at/index.php?id=480

³ Eine Übersicht findet sich auf der BMWFJ-Homepage unter http://www.bmwfj.gv.at/Aussenwirtschaft/Investitionspolitik/Seiten/BilateraleInvestitionsschutzabkommen.aspx

⁴ Nathalie Bernasconi-Osterwalder, Lise Johnson, Kritische Bewertung des öster-reichi-schen Mustertexts für bilaterale Investitionsschutzabkommen (Übersetzung aus dem Englischen), Wien 2011, S. 41

Das parlamentarische Forum der SADC (Southern African Development Community)

Hintergründe, Ziele und Strategie des interparlamentarischen Gremiums im Südlichen Afrika

Die SADC wurde ursprünglich 1980 als Southern African Development Coordination Conference von den damaligen sogenannten Frontlinien-Staaten des südlichen Afrika ins Leben gerufen, mit dem vorrangingen Ziel, durch regionale Kooperation die ökonomische Abhängigkeit von Südafrika zu verringern und ein Gegengewicht zur regionalen Vormachtstellung des Apartheid-Regimes zu schaffen. 1992

wurde im Kontext der Unabhängigkeit Namibias und dem sich abzeichnenden Fall des Apartheid-Regimes in Südafrika die SADC (Southern African Development Community) als intergouvernementale Organisation mit Hauptsitz in Gaborone/Botswana gegründet. Die SADC verfolgt das Ziel, das gemeinsame Potenzial der Region für die Schaffung ökonomisch stabilen Wohlstands und sozialer Gerechtigkeit sowie für die

Förderung von Frieden und Sicherheit zu nutzen, indem die wirtschaftliche, politische und technologische Zusammenarbeit intensiviert wird. 1994 trat auch Südafrika der SADC bei, die heute bereits 15 Mitgliedsstaaten umfasst.

Um das Ziel einer umfassenden regionalen Integration zu erreichen, wurde bereits 1996 ein Protokoll zur Schaffung einer Freihandelszone unterzeichnet, die 2008 Wirklichkeit wurde. Zudem wurde 2003 ein regionaler strategischer Entwicklungsplan (RISDP) verabschiedet, der auf 15 Jahre ausgerichtet ist und in dessen Rahmen folgende Ziele vereinbart wurden:

- Zollunion bis 2010 (noch nicht umgesetzt)
- Gemeinsamer Markt bis 2015
- Wirtschafts- und Währungsunion bis 2016
- Gemeinsame Währung bis 2018

Das Parlamentarische Forum der SADC:

Das parlamentarische Forum der SADC (SADC-PF) wurde 1997 auf dem SADC-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Malawi als eine autonome Institution in Form eines regionalen interparlamentarischen Gremiums eingerichtet. Es hat seinen Hauptsitz in Windhoek/Namibia und setzt sich aus den Parlamenten der SADC-Mitgliedsstaaten und somit insgesamt aus mehr als 3.000 ParlamentarierInnen zusammen. Den aktuellen Vorsitz führt der Parlamentspräsident von Simbabwe, Hon. Lovemore Moyo. In erster Linie stellt das SADC-PF eine Plattform für Abgeordnete dar, um den Dialog und die parlamentarische Involvierung in

VertreterInnen des SADC-PF nahmen am 4. High Level Forum on Aid Effectiveness in Busan

Foto: AWEPA



DIE 15 MITGLIEDSTAATEN DER SADC: 1 ANGOLA 2 BOTSWANA 3 DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO 4 LESOTHO 5 MADAGASKAR* 6 MALAWI 7 MAURITIUS 8 MOSAMBIK 9 NAMIBIA 10 SAMBIA 11 SEYCHELLEN 12 SIMBABWE 13 SÜDAFRIKA 14 SWASILAND 15 TANSANIA *Mitgliedschaft aufgrund des Staatsstreichs von 2009 bis auf Weiteres suspendiert 13 MATTER SADE STAATSTREICH STAATS

den Prozess der regionalen Integration zu gewährleisten und um regionale Erfahrungen auf die nationalen Ebenen weiter zu tragen, mit dem langfristigen Ziel der Etablierung eines Regionalparlaments für die SADC-Region. Das SADC-PF hat zudem handlungsanleitende Instrumente entwickelt, die den nationalen Parlamenten und Regierungen als Referenz unter anderem im Bereich HIV/AIDS oder bei der Abhaltung von Wahlen dienen sollen. So zum Beispiel die anerkannten "Norms and Standards for Elections in the SADC Region" von 2001. In diesem Zusammenhang führt das SADC-PF auch Wahlbeobachtungen in den Mitgliedsstaaten durch.

Strategieplan 2011-2015:

Im Hinblick auf das langfristige Ziel der Transformierung in ein Regionalparlament stellt der fünfjährige Strategieplan des SADC-PF ein grundlegendes Instrument dar. Der Strategieplan für die Jahre 2011 bis 2015 definiert eine klare Mission:

"Prozesse zu fördern, die die kontrollierende, legislative und repräsentative Rolle von Parlamenten auf nationaler und regionaler Ebene stärken und ParlamentarierInnen dabei zu unterstützen, die Partizipation der Bevölkerung im Rahmen der SADC zu gewährleisten."

Der Strategieplan legt zudem die programmatischen Prioritäten fest und definiert Schwerpunktbereiche sowie für die Implementierung notwendige Ressourcen für die nächsten Jahre.

In den folgenden Schwerpunktbereichen sollen Aktivitäten umgesetzt werden:

- Demokratie und Governance
- Regionale Entwicklung und Integration
- Entwicklung parlamentarischer Kapazitäten
- HIV/AIDS und öffentliche Gesundheit
- Geschlechtergerechtigkeit
- Programmimplementierung und Effizienzsteigerung
- Etablierung eines SADC-Regionalparlaments

In den kommenden zwei Jahren wird die Implementierung des Strategieplans des SADC-PF von der Austrian Development Agency (ADA) und AWEPA unterstützt, die im Dezember 2011 ein Abkommen unterzeichneten, das die langjährige, gemeinsame Förderung von Parlamenten im SADC-Raum fortsetzt (siehe Gastbeitrag).

STARKE PARLAMENTE IM SÜDLICHEN AFRIKA

Gastbeitrag von Gertrude Leibrecht, ADA – Austrian Development Agency

Gut funktionierende Parlamente sind nicht nur grundlegend für demokratische Systeme, sie haben auch eine Schlüsselfunktion für die Entwicklung eines Landes. Über die Steuerung der Staatsressourcen können sie erheblich zur Minderung der Armut beitragen. Anfang Dezember 2011 unterzeichneten die Austrian Development Agency (ADA), die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, und die Association of European Parliamentarians with Africa (AWEPA) ein weiteres Abkommen, das die langjährige gemeinsame Förderung von Parlamenten in den Mitgliedsstaaten der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC) fortsetzt. Rund 260 Millionen Menschen in der Region werden von wirksamer Parlamentsarbeit profitieren.

AWEPA unterstützt das Parlamentarische Forum der SADC in den nächsten zwei Jahren dabei, den strategischen Plan, das Forum langfristig in ein regionales Parlament umzuwandeln, umzusetzen. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit leistet dazu einen finanziellen Beitrag. Auch die Teilnahme von VertreterInnen des Parlamentarischen Forums der SADC am 4. High Level Forum on Aid Effectiveness im südkoreanischen Busan im November 2011 wurde mit österreichischer Unterstützung ermöglicht. Gemeinsam mit AWEPA arbeitet das Forum nun an Strategien, wie die in Busan beschlossene neue globale Partnerschaft für Entwicklung im SADC-Raum umgesetzt werden kann. Die Ergebnisse werden anschließend auf pan-afrikanischer und internationaler Ebene in den post Busan-Prozess eingebracht.

Erste Resultate

Die Unterstützung des Forums brachte bereits beachtliche Resultate hervor: So nehmen es dessen Mitglieder
verstärkt als ihr regionales Forum wahr – sowohl in der
Ausarbeitung gemeinsamer Positionen als auch als gemeinsame Stimme in der Diskussion mit der SADC.
Weiters haben die Parlamente des SADC-Raums die Rechenschaftspflicht über ihr Handeln anerkannt und die
Grundsätze dafür in zwei Dokumenten festgeschrieben:
den "Legislative Principles for Development Effectiveness"
und dem "SADC Regional Parliamentary Plan of Action
on Aid Effectiveness". Nicht zuletzt konnten im mosambikanischen Parlament zusätzliche Kapazitäten für die
Bewertung von Entwicklungszusammenarbeit gemäß der
Pariser Erklärung und dem Accra Aktionsplan aufgebaut
werden.

Schwerpunkt Rechtsstaatlichkeit

Das Engagement der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im SADC-Raum ist Teil der gemeinsamen Entwicklungsstrategie 2008 bis 2013 der Europäischen Kommission, der EU-Mitgliedsstaaten und der SADC. Die Minderung der Armut und menschliche Entwicklung durch beschleunigtes wirtschaftliches Wachstum sind vorrangige Ziele. Im Oktober 2008 unterzeichneten Österreich und die SADC ein entsprechendes Kooperationsabkommen. Gute Regierungsführung ist als einer der Schwerpunkte der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im SADC-Raum festgeschrieben.

IPU Konferenz in Kampala

Bericht von Heidrun Silhavy, Delegationsleiterin, AWEPA Mitglied

Die 126. Vollversammlung der Interparlamentarischen Union fand vom 31. März bis 5. April 2012 in Kampala, der Hauptstadt von Uganda, statt. Es nahmen rund 2.000 Delegierte aus über 120 Staaten teil. Die IPU wuchs in Kampala um 3 Mitglieder auf insgesamt 162 Mitgliedsparlamente, nachdem der Süd-Sudan als neues Mitglied und Haiti und Burma (Myanmar) wieder in die Organisationen aufgenommen wurden. Die österreichische Delegation bestand aus den Abgeordneten Heidrun Silhavy (SPÖ), Fritz Neugebauer (ÖVP), Martin Graf (FPÖ), Gabriela Moser (GRÜNE) und Stefan Markowitz (BZÖ).

Die diesjährige Generaldebatte in der Vollversammlung war der Frage der Situation zwischen Parlamenten und der Bevölkerung unter dem Titel "Die Kluft überbrücken/überwinden (bridging the gap)" gewidmet. In diesem Zusammenhang wurde der erste "Global Parliamentary Report" präsentiert, der von der IPU gemeinsam mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) erstellt wurde und sich eingehend mit der Thematik befasst. Der Bericht konnte auf Basis der Erfahrungen parlamentarischer Institutionen sowie Abgeordneter Themen identifizieren, die von öffentlichem Interesse sind. Es werden Maßnahmen vorgestellt, wie mehr Information über und Einfluss

auf die parlamentarische Arbeit gewährleistet, Rechenschaftspflicht erhöht und Bürgernähe verbessert werden kann.

Darüber hinaus gab es auch ein menschenrechtsrelevantes Thema in Uganda selbst. Dort liegt nämlich ein Gesetzesentwurf gegen Homosexualität auf, der für einvernehmlich gleichgeschlechtliche Beziehungen lebenslange Haftstrafen vorsieht und sogar die Androhung der Todesstrafe enthält. Für die österreichische Delegation ergab sich aus mehrfacher Sicht eine besondere Verpflichtung, gegen dieses Gesetz zu intervenieren. So hat beispielsweise die OEZA die UHRC (Uganda Human Rights Commission) auch direkt unterstützt (1998-2005), hat Menschenrechtskurse an der Makerere-Universität finanziert (1995-2001) und den Zugang zur Rechtshilfe (legal aid) unterstützt. Österreich hat daher in dem Debattenbeitrag die Gewährleistung der Einhaltung der internationalen menschenrechtlichen Verpflichtungen eingefordert und aktiv eine schriftliche Intervention gegen die Gesetzesvorlage in der 12+ geopolitischen Gruppe unterstützt.

Verabschiedet wurden auf der IPU Konferenz Resolutionen zu den Themen gute Regierungsführung, globale Governance-Strukturen, sowie Verbesserung der Gesundheitssituation von Frauen und Kindern. Angenommen wurde - allerdings mit einigen Vorbehalten - auch eine Resolution betreffend der "IPU-Initiative für einen sofortigen Stopp des Blutvergießens und der Menschenrechtsverletzungen in Syrien und die Notwendigkeit, den Zugang zu humanitärer Hilfe für alle Menschen in Not zu gewährleisten und die Umsetzung aller relevanten Resolutionen der Arabischen Liga und der UN, um die Friedensbemühungen zu unterstützen". Die Vorbehalte betrafen vor allem den Punkt, wo es um die Unterstützung der Fortsetzung der diplomatischen und wirtschaftlichen Sanktionen gegen die syrische Regierung geht, mit der Begründung, dass darunter auch immer die Zivilbevölkerung leidet.

Am Rande der Vollversammlung informierten sich die Abgeordneten Silhavy und Moser im Mulago National Referral Hospital über Maßnahmen zur Bekämpfung akuter Unterernährung von Kindern mit Unterstützung der Unicef. In Uganda sind 33 % der Kinder unter 5 Jahren durch Unterernährung verkümmert, 14% untergewichtig, 50% haben durch Eisenmangel bedingte Anämie und 19% leiden unter Vitamin A Defizit. Das Spital, das laut Unicef-Vertretern als Vorbild gilt, setzt neben der Behandlung der Kinder auch auf Aufklärung und Information der Mütter, um damit nachhaltigen Schutz für die Kinder zu erzielen.

Die gesamte österreichische Delegation informierte sich vor Ort auch über das österreichische EZA Engagement in der Wasserversorgung. So besuchten die Abgeordneten beispielsweise ein österreichisches Projekt, das die Wasserund Sanitärversorgung kleinerer Städte und ländlicher Entwicklungszentren gewährleistet und erfuhren, dass sich aus einem ursprünglichen Projektansatz nach 15 Jahren eine umfassende und erfolgreiche Programmhilfe entwickelt hat

Delegationsleiterin Heidrun Silhavy übergibt dem mosambikanischen Abgeordneten José Katupha einen Brief von NR-Präsidentin Barbara Prammer an die mosambikanische Amtskollegin

Foto: Sophie Landertshammer



Kurz notiert

Am 17./18. Mai fand in Johannesburg ein von der ADA finanziertes AWEPA Seminar zum Thema "Africa's Regional Parliaments: State of Development, Cooperation and Potential" statt (siehe dazu auch Seite 13).

Die Konferenz diente dem Dialog und Erfahrungsaustausch zwischen den regionalen afrikanischen parlamentarischen Institutionen SADC PF (Southern African Development Community Parliamentary Forum), EALA (East African Legislative Assembly) und ECOWAS Parliament (Parliament of the Economic Community of West African States) sowie Abgeordneten aus Europa. Diskutiert wurden Wege zur Stärkung eines regionalen Parlaments aber auch von nationalen Parlamenten. Starke Afrikanische Parlamente seien besonders auch im Hinblick auf Budgetkontrolle und Rechenschaftspflicht gegenüber den Donoren wichtig. Dieser Ansatz stoße aber auf Seiten der

Regierungen nicht unbedingt immer auf große Unterstützung (Was, wie ein europäischer Abgeordneter bemerket, auch in Europa oft nicht viel anders ist). In einem Abschlussdokument wurde daher auch hervorgehoben, wie wichtig Austausch und Kooperation auf Ebene der Parlamente zwischen dem südlichen Afrika und Europa sind. Im Bild der Vorsitzende des SADC PF, Parlamentspräsident Lovemore Moyo und AWEPA Direktor Jeff Balch.





Führungswechsel an der Spitze der mosambikanischen Parlamentsdirektion. Nach fünfjähriger Amtszeit übergibt Dr. Baptista Machaieie sein Amt mit Ende Mai an seinen bisherigen Stellvertreter, Dr. José Correia. Mag. Thomas Holzinger konnte Dr. Correia bereits im Rahmen des PR Workshops im März näher kennenlernen als dieser den Workshop offiziell eröffnete und sich für die Unterstützung Österreichs bedankte.

OEZA-Infobox im Parlament: AWEPA Sektion unterstützt die Informationskampagne

Von 20. Februar bis 2. März 2012 machte die Infobox der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) Station in der Säulenhalle des Parlaments. Die kompakte Infobox mit einer virtuellen Entdeckungsreise bietet Information und Unterhaltung: Gezeigt werden Projekte und Programme und die Menschen dahinter sowie Kurzfilme und Impressionen aus den Partnerländern. Mit einem interaktiven Quiz lässt sich der Wissensstand zu Entwicklungszusammenarbeit testen. Die OEZA unterstützt Länder in Afrika, Asien, Zentralamerika sowie in Südost- und Osteuropa seit Jahrzehnten bei ihrer nachhaltigen sozialen, wirtschaftlichen und demokratischen Entwicklung. Im Rahmen einer Fotoaktion zeigten sich zahlreiche Mitglieder der AWEPA Sektion Österreich solidarisch mit den Zielen und Aufgaben der OEZA.



NR Rosa Lohfeyer, NR Ruperta Lichtenecker, NR Judith Schwentner, NR Franz Glaser, NR Petra Bayr, NR Renate Csörgits, NR Eva Glawischnig, II. NR-Präsident Fritz Neugebauer, NR-Präsidentin Barbara Prammer, NR Wolfgang Pirklhuber, NR Heidrun Silhavy, ADA-Geschäftsführerin Brigitte Öppinger-Walchshofer, NR Johann Maier, NR Christine Lapp, NR Franz Kirchgatterer, NR Gertrude Aubauer, NR Gisela Wurm, NR a.D. Inge Jäger, NR Christine Muttonen

Foto: Parlamentsdirektion/Carina Ot

ZAHLEN / FAKTEN / HINTERGRÜNDE

ERWERB LANDWIRTSCHAFTLICHER FLÄCHEN DURCH AUSLÄNDISCHE INVESTOREN

Unter dem Begriff "Land Grabbing" steht der Erwerb landwirtschaftlicher Flächen in Entwicklungsländern durch ausländische Investoren seit längerem kritisch in Diskussion. Im April 2012 wurde erstmals eine umfangreiche öffentliche Datenbank präsentiert, die transnationale Transfers von Landnutzungsrechten durch Verkauf, Verpachtung oder über Konzession von landwirtschaftlichen Flächen ab 200 Hektar seit dem Jahr 2000 umfasst. Die vollständige Datenbank (sie umfasst 1.217 Landtransfers und über 83,2 Millionen Hektar Land) ist zu finden unter: www.landportal.info/landmatrix

Die wichtigsten Aussagen eines an die Datenbank angelehnten Reports sind:

- Hauptzielregion ist Afrika mit 754 Landtransfers (4,8 % der landwirtschaftlichen Fläche Afrikas)
- Der Landerwerb konzentriert sich auf wenige Staaten.
 (70 % findet in nur 11 Staaten statt)
- Die privaten und öffentlichen Investoren stammen aus Schwellenländern, Golfstaaten und westlichen Industriestaaten.
- Regierungen verkaufen oft Land, das von KleinbäuerInnen genutzt wird.
- Landerwerb basiert nur in wenigen Fällen auf freiwilliger, vorheriger und informierter Zustimmung der lokalen Gemeinschaften.
- Kompensationen sind oft sehr gering.
- Die Vorteile der Landtransfers für die Zielländer belaufen sich primär auf eine verbesserte Infrastruktur sowie die Generierung von Arbeitsplätzen.

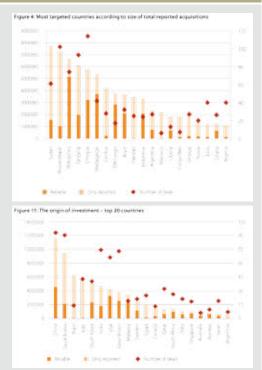


Abb. 1 + 2: Linke Achse – Hektar; rechte Achse – Zahl der Landtransfers

Quelle: Anseeuw, W.; Boche, M.; Breu, T.; Giger, M.; Lay, J.; Messerli, P. and K. Nolte. 2012. "Transnational Land Deals for Agriculture in the Global South. Analytical Report based on the Land Matrix Database". CDE/CIRAD/GIGA, Bern/Montpellier/Hamburg.

Einladung zur Veranstaltung

Die AWEPA-Sektion (European Parliamentarians with Africa) des österreichischen Parlaments lädt im Rahmen des Parlamentarischen Nord-Süd Dialogs zur Veranstaltung

GREEN ECONOMY – ASPEKTE NACHHALTIGER LANDNUTZUNG IN AFRIKA Landwirtschaft und Ernährungssicherheit unter dem Gesichtspunkt von Rio+20

Ort: Abgeordnetensprechzimmer des Parlaments

Zeit: Dienstag, 12. Juni 2012, von 9.30 bis 13.00 (Kaffeepause)

Nähere Informationen unter: www.nordsued-dialog.org

www.nordsued-dialog.org

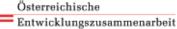
Besuchen Sie unsere Website!

Dort finden Sie detaillierte Informationen zum Projekt und zu den hier behandelten Themen.





Gefördert durch Osterr





Gemeinnützige Entwicklungszusammenarbeit GmbH (GEZA) Hollergasse 2-6 | 1150 Wien | Österreich | HG Wien: FN 294642 y DVR-Nr. 3006115 | Tel: +43 (0) 1 89 145-343 office@nordsued-dialog.org | www.nordsued-dialog.org Bankverbindung: Erste Bank | Konto 288-153-485/00 | BLZ 20 111

Redaktion: Ingrid Pranger, Jutta Kepplinger, Michael Fink Layout/Satz: kest – strategie, kommunikation, design. Linz | www.kest.net Druck: Direkta Druck, Linz | www.direkta.at

Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Redakteurinnen und AutorInnen wieder und stellen somit nicht die offizielle Meinung der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit dar. Dieser Newsletter wird in der Projektlaufzeit (August 2010 bis Juli 2013) insgesamt 12 Mal herausgegeben.











